

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002762/2025

an die Kommission

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Catherine Griset (PfE), Virginie Joron (PfE), Julien Leonardelli (PfE), Fabrice Leggeri (PfE), Julie Rechagneux (PfE), Gilles Pennelle (PfE), Rody Tolassy (PfE), André Rougé (PfE), Jean-Paul Garraud (PfE), Pascale Piera (PfE), Mathilde Androuët (PfE), Séverine Werbrouck (PfE), Thierry Mariani (PfE), Irmhild Boßdorf (ESN), Georgiana Teodorescu (ECR)

Betrifft: Ideologie „No kids“, Bevölkerungsrückgang in Europa und zunehmende Abhängigkeit von Einwanderung als gezielte kulturelle Strategie

Der Geburtenknick in Europa wirft grundlegende Fragen auf, wie in der EU die Zukunft in Wirtschaft und Gesellschaft aussehen soll. Im Draghi-Bericht wird von einem jährlichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen bis 2040 um fast 2 Millionen ausgegangen, dem die EU politisch mit Einwanderung entgegenwirken will.

Gleichzeitig werden in einigen Kampagnen, die Unterstützung und Verbreitung finden, Lebensentwürfe ohne Kinder („childfree“ oder „no kids“) aufgewertet und als Norm im Sinne der Emanzipation oder sogar als moralisch überlegene Norm dargestellt.

Zwar ist die Freiheit, das Familienleben nach eigenem Willen zu gestalten, in der EU selbstverständlich garantiert, doch zugleich stellen sich berechnete Fragen zu möglichen Widersprüchen zwischen diesen kulturellen Vorstellungen und den von mehreren Mitgliedstaaten postulierten demografischen Zielen.

1. Welche Initiativen und Projekte im Zusammenhang mit Geburtenzahlen und Elternschaft werden von der Kommission finanziert, und achtet sie darauf, dass in den von ihr geförderten Kultur- oder Bildungsinhalten keinen Lebensentwürfen implizit Vorschub geleistet wird, mit denen Kinderlosigkeit propagiert wird?
2. Räumt die Kommission ein, dass diesem demografischen Trend nicht nur durch Einwanderung entgegengewirkt werden kann?
3. Gedenkt die Kommission zudem, im Sinne der kulturellen Souveränität Europas eine auf die Weitergabe von immateriellen Werten und auf die Familie ausgerichtete Geburtenpolitik zu fördern?

Eingang: 8.7.2025